

# Schweizer Regeln überall? Wirtschaft ist uneinig

Der Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative spaltet die Wirtschaft. Die einen loben ihn als gangbaren Mittelweg, für die anderen ist er ein Übel wie das Original. Morgen diskutiert der Nationalrat darüber.

## Christoph Aebischer

Menschenrechte und Umweltstandards gelten nicht überall auf der Welt in gleicher Weise. Für Schweizer Firmen, die im Ausland wirtschaften, stellt sich jeweils die Frage, woran sie sich orientieren sollen. Die Konzernverantwortungsinitiative will festschreiben, dass es überall Schweizer Standards sein müssen. Der Bundesrat lehnt das Volksbegehren ab, und auch im Parlament wird es kaum durchkommen. Weil man der Initiative bei einer Volksabstimmung Chancen einräumt, laboriert das Parlament seit längerem an einem indirekten Gegenvorschlag herum. Der Nationalrat diskutiert morgen, ob das Aktienrecht mit solchen Bestimmungen ergänzt werden soll. Diese sollen gemäss der nationalrätlichen Rechtskommission weniger als 1000 Firmen betreffen.

Eine davon wäre der Zuger Rohstoffkonzern Glencore. Dort ist man der Ansicht, seit dem Börsengang im Jahr 2011 bereits einiges unternommen zu haben. Ein sichtbares Zeichen ist der mittlerweile 130 Seiten starke Nachhaltigkeitsbericht. Darin werden Risiken identifiziert, Massnahmen definiert und Zwischenstände deklariert. Für 2017 werden zum Beispiel 370 potenziell gefährliche Zwischenfälle aufgelistet. Mit einem Sicherheitsprogramm sollen die Risiken für das Personal reduziert werden. Das Unternehmen weist im Bericht eine sinkende Zahl von Unfällen aus.

Public Eye, eine der Organisationen, welche die Initiative zur Konzernverantwortung mittragen, begleitet das Rohstoff-Unternehmen seit Jahren kritisch.



Sika-Angestellter in Preston, Grossbritannien. Foto: Jason Alden (Getty)

Sprecher Oliver Classen traut der Publikation nicht. Was daran bloss der Imagepflege diene und was wirkliche Verbesserungen dokumentiere, sei schwer zu überprüfen. Glencore betont demgegenüber, dass der Bericht in Übereinstimmung mit der «Global Reporting Initiative» erstellt werde. Classen hält schärfere Regeln dennoch für unabdingbar.

## Zankapfel Rechtssicherheit

Um die Anforderungen des Gegenvorschlags zu erfüllen, müssten Schweizer Unternehmen einen Effort leisten, sagt Stephan Hirschi. Er berät bei PWC Schweiz Firmen in Fragen rund um

Nachhaltigkeit und Klimawandel. Doch die Aufgabe sei machbar. Dies gelte speziell für Firmen aus der Chemie- und der Pharmabranche. Sie hätten sich in den letzten Jahren laufend weiterentwickelt. Internationale Anforderungen, die Ansprüche von Investoren sowie die Dynamik von Mitbewerbern hätten diese Entwicklung begünstigt.

Anderer Meinung ist da Denise Laufer von Swiss Holdings. Der Verband vertritt 61 multinationale Industriekonzerne. Problematisch ist für Laufer insbesondere, dass der Gegenvorschlag nicht auf Regulierungen vergleichbarer Standorte abgestimmt sei. Der von der EU und den

USA verfolgte Weg passe viel besser zur Realität der Unternehmensführung. Ob ein Unternehmen seinen Pflichten auch im Bereich Menschenrechte und Umwelt nachkomme, müsse anhand der aufgebauten Warnsysteme überprüft werden. Der Gegenvorschlag orientiere sich jedoch wie die Initiative am Einzelfall und an der Haftung. Unternehmen könnten in dieser Situation gar nicht abschätzen, welche Vorkehrungen sie treffen müssten, um das Risiko einer Klage zu minimieren. Diese Rechtsunsicherheit ist für Laufer die Hauptschwäche des Gegenvorschlags.

## Entspannte Westschweizer

Eine solch kritische Einschätzung teilen in der Wirtschaft nicht alle. Der Verband Groupement des Entreprises, dem über 90 vor allem Westschweizer Unternehmen angehören, begrüsst die Alternative zur Initiative auf Anfrage sogar explizit. «Der Gegenvorschlag respektiert die bereits ergriffenen Massnahmen der Unternehmen und ist konform mit internationalen Standards.»

Darüber, wo der Rohstoffkonzern Glencore in Bezug auf die vorgesehenen Neuerungen im Aktienrecht heute steht, wollte die Firma nicht spekulieren. Generell ziehe man international abgestimmte Schritte dem Sonderweg vor. Auch Classen von Public Eye mag so kurz vor der Nationalratsdebatte zum Thema keine Einschätzung zu Glencore abgeben. Im Bundeshaus wurde gestern noch einmal von allen Seiten tüchtig lobbyiert und taktiert. Nach den gestrigen Fraktionssitzungen klärte sich die Ausgangslage.

## Aktienrechtsreform

## FDP will Vorlage auftrennen

Für den indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative zeichnet sich eine Abspaltung von der Aktienrechtsreform ab. Diesen Antrag stellt die FDP. Nach den gestrigen Fraktionssitzungen stehen dessen Chancen gut. Der Vorteil der Auftrennung in zwei Vorlagen wäre, dass die bereits reich befrachtete Aktienrechtsreform entschlackt würde. Weniger Erfolg dürfte der SVP beschieden sein, die den Gegenvorschlag abschliessen will. Diesen unterstützen die SP, die Grünen, die Grünliberalen, die BDP und mehrheitlich auch die CVP. Die FDP ist gespalten.

Unter Befürwortern des Gegenvorschlags wird befürchtet, dass die Absicht hinter dem Vorgehen der FDP auch gleich die spätere Beerdigung des Projekts ist. Als Indiz für eine doppelte Strategie liesse sich der Meinungsumschwung bei Economiesuisse lesen. Bisher warnte der Wirtschaftsdachverband in schrillen Tönen sowohl vor der Initiative als auch vor dem Gegenvorschlag. In einem Schreiben an BDP, CVP, FDP, GLP und SVP signalisierte er plötzlich Verhandlungsbereitschaft im Falle einer Abspaltung. Inwieweit das Initiativkomitee dann weiterhin Hand bieten würde für einen Rückzug der Initiative, ist fraglich. Dieses betonte am Montag, das Angebot gelte nur für den unverwässerten Gegenvorschlag. (cab)